

Bericht

Online-Veranstaltung am 02.02.2021 mit Staatsrätin Gisela Erler und Andrea Bogner-Unden

Von B90/Die Grünen – Kreisverband Sigmaringen

„Mitreden, mitgestalten, mitentscheiden“!

„Weiterentwicklung der Demokratie durch Bürgerräte“

Staatsrätin Gisela Erler und Andrea Bogner-Unden MdL erläutern „Politik des Gehört-Werdens“

Nach der für die Grünen erfolgreichen Wahl im Jahr 2011, sah sich der frisch gekürte Ministerpräsident Kretschmann mit der Frage konfrontiert, wie die Gesellschaft im Land, zerrissen durch die Proteste um „Stuttgart 21“, wieder befriedet werden könne. Es war klar, dass dies auch durch einen anderen Politikstil und mehr Bürgerbeteiligung erreicht werden sollte.

Daraufhin habe man im Staatsministerium ein Amt geschaffen, das es so nur in Baden-Württemberg gibt: das Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, so Gisela Erler, die seit 2011 dieses Ehrenamt übernommen hat.

In der Online-Veranstaltung des Kreisverbands von B90/Die Grünen, moderiert vom Kandidaten für die Bundestagswahl Johannes Kretschmann, erläuterten sie und die grüne Landtagsabgeordnete Bogner-Unden den Teilnehmern die „Politik des Gehört-Werdens“, die damals von Winfried Kretschmann ausgerufen wurde. „Wir wissen, dass mit der Möglichkeit der Teilhabe an Entscheidungen auch das politische Interesse der BürgerInnen wächst“, so Bogner-Unden. Dazu seien Transparenz bei den politischen Entscheidungen und öffentliche Debatten aufgrund von wissenschaftlichen Fakten unabdingbar. Gisela Erler sieht es als Bereicherung für die Politik, wenn die Menschen sich einmischen und beteiligen. Die Bürger seien dadurch besser informiert, können neue Ideen einbringen und die politischen Entscheidungen würden an Akzeptanz gewinnen, fasste die Staatsrätin zusammen. Ihre Aufgabe sei es, bei den Kommunen und in den Verwaltungen dafür zu werben, Bürgerbeteiligungsformate im Vorfeld von Verwaltungsverfahren zu installieren.

Als Folge des ersten Bürgerbeteiligungsformates zum Thema „Stuttgart 21“ entwickelte man die Einbindung von „Zufallsbürgern“ in den Dialogprozess. Erler zeigte sich beeindruckt, wie es dadurch gelingt, einen Querschnitt der Bevölkerung für den Austausch in kleinen Gruppen zu bekommen – „Menschen, die sich im Alltag so nie getroffen hätten“. Die Gesprächsgruppen werden von Experten begleitet und mit ausgewogenen Informationen ausgestattet. Dabei lernen die Teilnehmer, dem Gegenüber zuzuhören und sich mit den z. T. sehr gegensätzlichen Haltungen sachlich auseinanderzusetzen. „Immer mehr Bürgermeister und Gemeinderäte schätzen den Austausch mit den Bürgern“, betonte Erler, und machte deutlich, dass sich mit einem frühen Beteiligungsprozess so manche Bürgerinitiative vermeiden ließe. Dabei merkte Johannes Kretschmann, der auch Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag Sigmaringen ist, aus eigener

Erfahrung an, dass die Haltung zu Protesten auf einen neuen Prüfstand gestellt werde, sobald Grüne Regierungsverantwortung wahrnehmen. „Der Kampf gegen Atomenergienutzung gehört zu den Ursprüngen der Partei, heute müssen sich Grünenpolitiker mit Gegnern von Windkraftanlagen auseinandersetzen,“ so Kretschmann.

Schade findet es Staatsrätin Erler, dass das Format der „14er-Räte“ vom Sigmaringer Kreistag nicht mehr finanziell unterstützt wird, weil gerade diese Form der Beteiligung für die Jugendlichen sehr wertvoll sei. „Nie mehr in ihrem Leben sind die Kinder so politisch interessiert, wie in diesem Alter“, so die studierte Soziologin weiter.

Derzeit bereitet die Staatsrätin das dritte Corona-Bürgerforum vor, das am 18.2.2021 stattfindet. Zuvor gab es Beteiligungsformate z. B. zum Nationalpark Schwarzwald oder wie jüngst zur Sanierung des Opernhauses in Stuttgart. Mittlerweile sind Formate für die Bürgerbeteiligung weltweit in der Anwendung und auch einige europäische Staaten setzen auf Beteiligungsformate für die Bürger. Inzwischen sei dieses Dialogmittel auch in der Europäischen Union implementiert, mit dem Ziel, die Bürger auch dort mehr bei den Entscheidungen zu beteiligen. Gute Erfahrungen machte Erler auch bei den Bürgerbeteiligungen zur Corona-Pandemie in Grenzgebieten, „wo wir sehr hilfreiche Anregungen an die Landespolitiker weitergeben konnten“.

Andrea Bogner-Unden fasste abschließend zusammen, dass diese Art der Bürgerbeteiligung nicht immer der einfachste und schnellste Weg, aber auf jeden Fall der richtige Weg sei.